

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Abonnementspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 Mk. 45 Pfg., in Altensteig 13 Mk. Anzeigerpreis: Die 1/2spaltige Seite über breiten Raum 60 Pfg., die Restansätze 1 Mk. 80 Pfg. Mindestbetrag eines Auftrags 2 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt hinreichend zu berücksichtigen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung.

Nr. 106.

Altensteig, Dienstag den 10. Mai.

Jahrgang 1921.

## Ultimatum und Regierungskrise.

Zu den nachhergehenden Äußerungen Lloyd Georges und Brinds über die Londoner Konferenz tritt die Tatsache hervor, daß in den ersten Besprechungen tatsächlich große Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbänden herrschten. Wenn feststeht, daß Engländer und Italiener die französischen Forderungen für unbillig und ihre Durchführung mindestens für unzulässig gehalten haben, wenn ferner feststeht, daß gerade diese französischen Forderungen am Ende der Konferenz im wesentlichen „in vollkommener Uebereinstimmung“ zu Beschlüssen erhoben worden sind, so folgt daraus, daß nicht Billigkeitsgründe oder politische Klugheit in London geübt haben, sondern die Ueberredungskunst oder die drohende Sprache Briands und seiner Leute, wie Hoch und Doucet, und aus Paris her Poincaré.

Die ganze Fassung des Ultimatums trägt den Stempel der Böswilligkeit. Es finden sich in ihm alle die Beschuldigungen, die wir aus der Pariser Presse kennen. Es beginnt mit der Entwarnung, dann folgen die angeblich noch geschuldeten 12 Milliarden Goldmark, die „Kriegsverbrecher“ und eine ganze Reihe von angeblichen Verbrechen Deutschlands gegen Bedingungen des Friedensvertrags in bezug auf Zollbestimmungen, Zolltarif, Zoll-einschränkungen, Freizug der Schifffahrt, — alles Dinge, in denen Meinungsverschiedenheiten bestehen können, niemals aber Anlässe zu Zwangsmaßnahmen. Die Frage, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat, kann nur durch ein unparteiisches Schiedsgericht entschieden werden. Aus jedem Satz des Ultimatums spricht denn auch das lächerliche Bestreben, Vorwände für gewalttätige und mißbräuchliche Ausnutzung der militärischen Uebermacht zusammenzubringen.

„Ohne Vorbehalt oder Bedingungen“, also auf Gnade und Ungnade hat Deutschland sich den im Ultimatum festgesetzten Forderungen zu unterwerfen, von denen man auch in London wußte, daß sie unüberwindlich sind. Sehr beachtenswerth ist die Beschränkung, die Lloyd George in seiner Unterhausrede fast ganz auf die Entwarnung, von der er übrigens selbst feststellen mußte, daß sie in der Hauptsache in „höchst befriedigender Weise“ erfüllt sei. Er ließ auch durchblicken, daß eigentlich nur Frankreich und Belgien in dieser Beziehung noch unbefriedigt seien. Ebenso hätte Lloyd George auch von der „Kriegsverbrecher“-Frage sprechen können, denn beim Reichsgericht sind schon die ersten Verhandlungen abgeräumt, nachdem vor wenigen Tagen erst mit den Zeugenvernehmungen in London begonnen worden ist. In dem guten Willen Deutschlands zur Aburteilung, wenn eine solche möglich ist, kann also nicht gezweifelt werden.

Die Franzosen machen kein Hehl mehr daraus, daß es ihnen nur darauf ankommt, freie Hand für die Zwangsmaßnahmen zu bekommen: Besetzung des Ruhrlands und „alle anderen militärischen Maßnahmen zu Wasser und zu Land“, im Bund mit den „Sicherheits“-Mächten, die Deutschland jeder finanziellen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit berauben und es zur Provinz des Verbands bzw. Frankreichs machen. Und diese Zwangsmaßnahmen werden wir nach dem Ultimatum nicht loswerden, bis die unerfüllbaren Bedingungen erfüllt sind.

Und alles das sollen die Vertreter des deutschen Volks unterschreiben. Die jetzige Reichsregierung lehnt die Unterzeichnung ab und ist zurückgetreten. Die große Mehrheit des Reichstags und die Presse haben sich dahin ausgesprochen, daß Deutschland auf dem Weg der Unterzeichnung von Verträgen, deren Unausführbarkeit auf den ersten Blick erkenntlich ist, nicht weitergehen darf. Wenn jetzt also eine neue Regierung gebildet werden muß, so sind Persönlichkeiten ohne Ansehung der Partei und Fraktion zu suchen, die stark und mutig genug sind, die Unterwerfung unter den Erpressungsversuch des Verbands abzulehnen und die Ablehnung und ihre Folgen vor dem deutschen Volk zu verantworten. An die Spitze der Reichsregierung gehört ein Staatsmann von diplomatischer Befähigung, womit nicht gesagt ist, daß er unbedingt aus der diplomatischen Laufbahn hervorgegangen sein muß. Der Reichskanzler, der diesem Sturm des Verbands begegnen soll, muß die Geschäftsführung selbst in der Hand haben, wie es in Frankreich und England und Amerika ist. Hände sich dieser Staatsmann nicht, dann wäre es nur eine Frage der Zeit, daß Deutschland in den Abgrund hinabstürzt, an dessen Rand es angelangt ist.

## Die deutschen Heeresverbände im Weltkrieg.

Der frühere französische Generalstabschef General Buat hat ein Buch über „das deutsche Heer im Weltkrieg“ geschrieben, das nunmehr auch in deutscher Uebersetzung im Wieland-Verlag erschienen ist. An dieser Stelle wurde schon früher eine Probe aus der lehrreichen Schrift des Franzosen gegeben, der in rühmlichem Gegensatz zu den meisten seiner Volksgenossen sich bemüht, dem deutschen Feind wenigstens auf dem militärischen Gebiet gerecht zu werden. Buat gibt zu, daß die Verbände des deutschen Sieges noch im August 1918 für die Mitteilungen Buats über die während des Kriegs von Deutschland aufgestellten Heeresverbände und ihre Verteilung auf die einzelnen Kriegsschauplätze von größtem Interesse. Es sind nur trockene Zahlen, aber sie sprechen eine beredte Sprache. Besonders als aus der wortreichsten Schilderung tritt uns aus ihnen die ganze Größe und Tragik des deutschen Heldentums entgegen.

Die unzulängliche Vorbereitung Deutschlands im Anfang, die deutlicher als alles andere die feindlichen Schuldanklagen widerlegt. Obwohl eine schnelle Niederwerfung Frankreichs Voraussetzung für den Erfolg war und trotz dieser Sparbarkeit im Osten (6 Inf.-Div., 3 Res.-Div., 8 Ers.-Div.) konnte Deutschland nicht einmal den Kräfteausgleich im Westen schaffen. Mit 77 Divisionen (ohne Landwehr) kämpfte es dort gegen 79 französische, 4 englische und einige belgische Divisionen. Und doch — es sind dies Buats eigene Worte — hätte Deutschland das gleiche Opfer gebracht wie Frankreich und alle Kommanden bis zum 32. Lebensjahr eingestellt, so hätte es 600 000 Mann mehr an den Schwereinsatzstellen werfen können. Dann war Frankreich erobert, dann gab es kein Halten an der Marne.

Es folgen vier Jahre des verzweifeltsten Ringens auf der amerikanischen Linie gegen eine Welt von Feinden. Gewaltige Organisationsänderungen, mehr als 100 neue Divisionen aus der Erde gestampft, riesige Transporte durch ganz Mitteleuropa, Divisionen, die nach dem Westen, nach dem Osten, nach dem Süden eilen, um immer wieder aus der Eisenbahn heraus in neue schwere Kämpfe sich zu stürzen, neue Schlagen auszufechten. Neunmal wechselt das Alpenkorps den Kriegsschauplatz! 240 Divisionen stehen schließlich auf dem Schauplatz Ludendorfs.

Und schließlich, alle Kunst der Führung, aller Opfermut der Truppen umsonst! Der Niedergang: Vom Mai 1918 ab beginnen die Auflösungen von Verbänden, die Reserven schmelzen zusammen. Am 21. März verfügte die Oberste Heeresleitung noch über 84 Divisionen, am 11. November hat sie 21. Und unablässig strömen auf der Gegenseite frische Kräfte hinzu. Mit 103 Divisionen Reserve in der Hand ist der französische Generalstabschef bereit, am 14. November in Lothringen dem billig erworbenen Feldherrntum die letzte Vollendung zu geben.

Frankreich ist herbeigehandelt, das ist Buats Schluss, weil es im Frieden seine Reserven mehr ausnützte als Deutschland. So muß es bleiben. Die Verkürzung der aktiven Dienstzeit läßt sich nicht vermeiden. In den Reserven liegt die Stärke moderner Heere, und so müssen Gesetze und Bestimmungen darauf hingelen, aus ihnen ein schlaf fertiges und wirksames Instrument zu schaffen.

## Neues vom Tage.

### Der Zustand in Oberschlesien.

Oppeln, 9. Mai. Die polnischen Aufständigen haben nun den größten Teil Oberschlesiens in Händen. Das von ihnen besetzte Gebiet wird durch folgende Linie bezeichnet: vom Norden des Kreises Rosenbergs östlich Seidowitz — östlich Bankau — westlich Bendzin — östlich Turawa und Kraschewo — östlich der Malapane und Zarnau — westlich Kraschewo — östlich Randzin, sodann längs der Oder bis zur Grenze. Das von Korjanty beanspruchte Gebiet umfaßt das ganze Westende des Kohlengebietes und überläßt nur einen unbedeutenden industriellen Streifen an Deutschland. Die Polen sind aber bereits teilweise über diese „Korjanty-Linie“ vorgedrungen. Alle großen Industriewerke und Gruben sind von ihnen besetzt und seit mehreren Tagen stillgelegt.

Geheimer Kommerzienrat Dr. Riedt, der Generaldirektor der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Kontingentsgesellschaft, wurde am Samstag auf dem Bahnhof Laband unter den Augen der französischen Bewachung von polnischen Aufständischen fortgeführt.

Breslau, 9. Mai. General Le Rond, der wieder in Oberschlesien eingetroffen ist, hat die von seinem Stellvertreter, dem italienischen General Marini angeordnete Bildung von deutschen Selbstschutzverbänden aufgehoben.

### Wer hat „entstellt“?

Berlin, 9. Mai. Auf die deutsche Note vom 6. Mai, in der die französische Regierung auf den polnischen Ueberfall aufmerksam gemacht wurde, antwortete Briand in einer Note vom 7. Mai, die an sich bedauerlichen Vorgänge seien in den Mitteilungen aus deutscher Quelle in böser Absicht (tendenzlos) entstellt. Ohne Zweifel haben die von deutscher Seite stammenden falschen Nachrichten, als ob der Verband den größeren Teil des oberschlesischen Industriegebietes Deutschland zu zuteil wolle, die Unruhe entstellte. Die Kommission der Verbände habe auf jeden Fall in einmütiger Uebereinstimmung schärfste Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung getroffen. Die Truppen der Verbände haben „ihre Pflicht voll getan“ und die neuen Berichte lassen eine Besserung erhellen. Die Kommission habe die Väden in der Polizei ergänzt, die durch den Abgang der polnischen Besatzteile entstanden seien. Dadurch sei die deutsche Bevölkerung beruhigt. Von irgendeiner der Kommission in Oberschlesien geleisteten Hilfe könne nicht die Rede sein. (Soll wohl heißen, daß die Deutschen sich nicht selbst schämen dürfen. D. Sch.)

Durch WTB wird zu der Note Briands erklärt: Die Darstellung der Note der französischen Regierung zeigt, daß man in Frankreich die wahre Lage in Oberschlesien nicht sehen will. Der Vorwurf der „tendenzlosen Berichterstattung“ ist ebenso halslos wie die Annahme, der Grund der Unruhe sei „ohne Zweifel“ in den aus deutscher Quelle veröffentlichten Nachrichten zu sehen.

Breslau, 9. Mai. Die Polen haben in Hindenburg 20 deutschgesinnte Personen verhaftet. Die Anwesenheit von polnischen Legionären ist festgestellt. Ein Versuch, in Nikolai einzumarschieren, wurde von dem italienischen Befehlshaber vereitelt. Nachts wurde die Stadt von allen Seiten mit Maschinengewehren beschossen. Die Italiener wandten sich nach Oppeln um Hilfe. Die Stadt Cosel ist von starken Banden, die Geschütze und Minenwerfer verwenden, schwer bedroht.

Eine deutsche Abordnung legte dem General Le Rond in Oppeln die Frage vor, was die Verbandskommission zum Schutz der Deutschen unternehmen werde. Wenn bis Dienstag keine befriedigende Antwort vorliegt, so werden die Deutschen zur Selbsthilfe schreiten.

Seit einiger Zeit beschlagnahmten die polnischen Behörden alle Kohlensendungen, die vom Reich durch den Korridor nach Ostpreußen gingen. Sie bieten dafür Entschädigung in polnischer Mark an, die sie im Wert der deutschen Mark gleichsetzen, obgleich sie nicht den zehnten Teil wert ist.

### Die Unruhen in Palästina.

London, 9. Mai. Zwischen Arabern und Juden haben in verschiedenen Orten Palästinas weitere blutige Kämpfe stattgefunden. Vier englische Kriegsschiffe haben in Jaffa Seesoldaten zur Verhinderung der Landtruppen gelandet. Der englische Gouverneur hat das Ständrecht verhängt.

### Die Parteien und das Ultimatum.

Berlin, 9. Mai. Die Parteien der Regierungskoalition haben heute vormittag über die politische Lage beraten. Nach dem „Tageblatt“ ist ein Stimmungsumschwung eingetreten. Das Zentrum soll überwiegend für die Annahme des Ultimatums sein, auch die Demokraten treten mehr und mehr für die Unterzeichnung ein; der Stimmungswechsel erstreckt sich auch auf die Deutsche Volkspartei. Entschieden dagegen sind nur die Deutsche nationale Volkspartei und die Bayerische Volkspartei. In der Sozialdemokratie ist die große Mehrheit für Unterzeichnung, die Unabhängigen und Kommunisten sind unbedingt dafür.





